



Sozialraum, Radikalisierung und Demokratiefeindlichkeit im Nordosten

Wie wir demokratische Alltagspraxis
wirksam stärken können

V&R

Herausgegeben von der RAA –
Demokratie und Bildung
Mecklenburg-Vorpommern e. V.



RAA Mecklenburg-Vorpommern e. V. (Hg.)

Sozialraum, Radikalisierung und Demokratiefeindlichkeit im Nordosten

Wie wir demokratische Alltagspraxis
wirksam stärken können

VANDENHOECK & RUPRECHT



Diese Publikation wurde gefördert von:



ISBN 978-3-525-61637-6
ISBN 978-3-647-61637-7 (PDF)
ISBN 978-3-666-61637-2 (eLibrary)
DOI <https://doi.org/10.13109/9783666616372>

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2026 Brill Deutschland GmbH, Robert-Bosch-Breite 10, 37079 Göttingen, Deutschland

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk sowie einzelne Teile desselben sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlags nicht zulässig. Text- und Datamining zu kommerziellen Zwecken bedarf der Genehmigung des Verlags.

Vandenhoeck & Ruprecht und Brill Deutschland GmbH sind Teil von De Gruyter Brill.
www.degruyterbrill.com

Fragen zur allgemeinen Produktsicherheit: productsafety@degruyterbrill.com

Umschlagabbildung: © RAA Mecklenburg-Vorpommern e. V.
Satz: SchwabScantech, Göttingen
Druck: CPI books GmbH, Leck

Inhalt

Vorwort	7
Zu den Beiträgen in diesem Buch	13

TEIL I

Institutionelle und sozialräumliche Aspekte extrem rechter Lebenswelten: Schule, Soziale Arbeit, Gemeinwesenberatung und Betroffenenberatung

Radikalisierungsprävention im Sozialraum Schule: Untersuchung zur Passung von Unterstützungsangeboten für Schulen in Mecklenburg- Vorpommern	23
<i>Gudrun Heinrich und Nils Zenker</i>	

Völkischer Rechtsextremismus und Soziale Arbeit: Auswirkungen auf Menschenrechtsbildung und Demokratieerziehung im ruralen Raum	38
<i>Daniel K. W. Trepsdorf</i>	

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus: Sozialraumanalyse und Handlungsmöglichkeiten am Beispiel rechter Jugendkultur in Greves- mühlen	70
<i>Stefan Kollasch, Mitch Dailey und Michael Staack</i>	

»Phönix in der Asche«: Gesellschaftlicher Wandel, demokratische Defizite und Soziale Arbeit in den Nachwendejahren. Eine historische und persönliche Bilanz	99
<i>Thomas Littwin</i>	

Die Renaissance der »Baseballschlägerjahre«?	112
<i>LOBBI</i>	

Extrem rechte Einflussnahmen auf das Sozialwesen in Mecklenburg- Vorpommern: Entwicklungen seit 2020	134
<i>Christine Krüger und Júlia Wéber</i>	

TEIL II

Facetten von Ausgrenzung und Diskriminierung als demokratiehemmende Gesichtspunkte des Alltagslebens

Queerfeindlichkeit in Sachsen: Herausforderungen für die politische Bildung angesichts demokratiefeindlicher Verschiebungen 151
Johanne Gröning, Tina Hölzel-Chokharash und Felix Prehm

Extrem rechte Gewalt gegen Menschen mit (kognitiven) Behinderungen in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990: Eine erste Spurensuche 177
Christiane Leidinger und Heike Radvan

Diversitätsorientierung und Schutz vor Diskriminierung als essenzieller Bestandteil demokratiefördernder Arbeit 197
Maria Garcia Rojo und Delphine Wollenberg

Herausforderung der Unterstützung von Geflüchteten durch Kommunalpolitik am Beispiel des Landkreises/Kreistags Ludwigslust-Parchim unter der Bedingung des wachsenden Rechtsextremismus 206
Ulrike Seemann-Katz

TEIL III

Zwischen Antisemitismus und säkularem Umfeld – Kirche und Religion als Wertereservoir und Stabilisierungsfaktoren demokratischer Kultur im Osten

»Antifaschistische Kirche?«:
 Die evangelische Kirche in Mecklenburg und Pommern als zivilgesellschaftliche Akteurin für Demokratie und Menschenwürde 221
Karl-Georg Ohse

Erkennen – dokumentieren – handeln: Antisemitismus in Mecklenburg-Vorpommern 235
Dokumentations- und Informationsstelle Antisemitismus Mecklenburg-Vorpommern (DIA.MV)

Antisemitismus mit Zivilcourage im Alltag begegnen! Daniel Trepsdorf im Interview mit *Nikolaus Voss, Beauftragter für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus in Mecklenburg-Vorpommern* 251

Vorwort

Eine mecklenburgische Kleinstadt im Herbst 2025, ein Jahr vor den Landtagswahlen. Der große Touristenansturm des vergangenen Sommers ist vorbei, aber die meist betagte Nachhut der Feriengäste genießt auch an den kürzer werdenden Tagen den weiten Blick über Wälder und Seen und die Fachwerkidylle der Altstadt. Es ist Montagabend und in beeindruckender Selbstverständlichkeit werden auf dem Marktplatz eine Bühne mit Lautsprechanlage aufgebaut und Transparente ausgepackt. Es ist eine überschaubare Menge von Demonstranten, die sich hier jeden Montag versammelt, aber sie tun dies seit Jahren und sie eint die Wut auf »die da oben«, der Glaube an Russland als Friedensstifter und – nicht zuletzt – der unkritische Umgang mit Rechtsextremisten in den eigenen Reihen.

In diesem Herbst ist dennoch einiges neu in der kleinstädtischen Idylle. Die Demonstranten auf dem Markt haben Unterstützung aus der kommunalen Politik bekommen. Mit den Kommunalwahlen im Frühjahr 2024 sind rechtspopulistische Parteien und Gruppierungen mit deutlich mehr als 30 Prozent der Wählerstimmen in die Stadtvertretung eingezogen. Die rechnerische Mehrheit, die sich daraus immer noch für die demokratischen Parteien ergäbe, sucht man in der Praxis seither allerdings vergebens. Vielmehr gibt es einen ideologischen Schulterchluss von rechtspopulistischen Kräften und gewählten Stadtvertretern aus der vermeintlichen Mitte, die mit ihrer Mehrheit den Takt vorgeben. Zielscheibe ist vor allem die Umsetzung des Bundesprogramms »Demokratie leben« in der Stadt, in Form einer »Partnerschaft für Demokratie«. 700 solcher Partnerschaften gibt es bundesweit seit gut zehn Jahren – ein Erfolgsprogramm, über das viel Geld in zivilgesellschaftliche Demokratieprojekte vor Ort fließt, auch hier. Während einzelne Kommunen, zum Beispiel in Sachsen oder Thüringen, auf Initiative der AfD ihre Beteiligung an »Demokratie leben« aufkündigen, wird in besagtem mecklenburgischen Städtchen das Programm für eigene Zwecke vereinnahmt: die Zivilgesellschaft wird kleingehalten, die Geschäftsordnung des Bündnisses, das über die Förderung von Projekten entscheiden und die Umsetzung des Programms vor Ort begleiten soll, wird nicht von den

Beteiligten selbst, sondern von der Politik verfasst, und in das Gremium wird auch der Hauptorganisator der montäglichen Marktplatz-Demonstrationen berufen. Unliebsame Personen und Vereine werden gar nicht erst zur Mitwirkung eingeladen, und die finanziellen Mittel werden Projekten zugeleitet, die zum Teil eng mit privaten und politischen Interessen einzelner Stadtvertreter verzahnt sind. »Demokratie leben« verkommt hier zu einer hohlen Phrase, denn tatsächlich fehlt es in der kleinen Stadt an einer starken und lebendigen Zivilgesellschaft, ebenso wie an einer Stadtverwaltung mit klarer Haltung für die Verteidigung einer demokratischen Kultur.

Im Jahr 2025 blickte die Berliner Republik auf ihr 35-jähriges Bestehen zurück, zugleich jährte sich das Ende des Zweiten Weltkrieges zum achtzigsten Mal. Diese beiden historischen Bezugspunkte markieren nicht nur Zäsuren deutscher Geschichte, sondern sie bilden auch einen Resonanzraum für die aktuellen gesellschaftspolitischen Herausforderungen. In Zeiten, in denen der vielzitierte »Rechtsruck« in weiten Teilen der Bundesrepublik zu beobachten ist, wird einmal mehr deutlich, wie zerbrechlich demokratische Kultur und menschenrechtliche Selbstverständlichkeiten sein können. Gerade vor diesem Hintergrund ist es dringend geboten, innezuhalten, eine Bestandsaufnahme vorzunehmen und Perspektiven für eine demokratische und pluralitätsfähige Zukunft zu entwickeln.

Das Buch »Sozialraum, Radikalisierung und Demokratiefindlichkeit im Nordosten. Wie wir demokratische Alltagspraxis wirksam stärken können« versteht sich als Beitrag zu diesem notwendigen Diskurs. Es vereint Stimmen aus Wissenschaft und Praxis, verknüpft theoretische Analysen mit praktischen Erfahrungen und schlägt damit eine Brücke zwischen kritischer Reflexion und handlungsorientierter Demokratieförderung.

Die Ergebnisse der neuesten Mitte-Studie (2024/25) belegen eindrücklich, dass rechtsextreme Einstellungen, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und autoritäre Orientierungen in Deutschland keineswegs Randphänomene sind. Besonders besorgniserregend sind die Befunde, wonach die Zustimmung zu antisemitischen, rassistischen und völkisch-nationalistischen Aussagen im Vergleich zu früheren Erhebungen innerhalb breiter Bevölkerungsschichten wieder gestiegen ist. Insbesondere in peripheren Regionen Ostdeutschlands, und damit auch in Mecklenburg-Vorpommern, zeigt sich diese Entwicklung in einer spezifisch ausgeprägten Form: Ein hohes Maß an Demokratieverdrossenheit, gepaart mit einer tiefen Skepsis gegenüber Institutionen des Rechtsstaates, führt zu einer gefährlichen Legitimationskrise demokratischer Ordnungen. Diese empirischen Befunde unterstreichen, wie notwendig es ist, über Ursachen und Wirkmechanismen von Radikalisierung aufzuklären – und gleichzeitig konkrete Gegenstrategien zu entwickeln. Der Sammelband leistet hierzu

einen doppelten Beitrag: Er bietet Problemanalysen aus unterschiedlichen disziplinären Perspektiven (Politikwissenschaft, Soziologie, Psychologie, Soziale Arbeit, Mobile (Gemeinwesen-)Beratung, Erziehungswissenschaft) und zeigt zugleich praktische Wege auf, wie Demokratie und Menschenrechte im Alltag im ländlichen Raum gestärkt werden können.

Die Vielfalt der in diesem Buch enthaltenen Beiträge macht deutlich, wie Rechtsextremismus sich in Mecklenburg-Vorpommern in sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen auswirkt: in Schulen, im außerschulischen Bildungsbereich, im sozialen Nahraum, in Jugendszenen, in Institutionen ländlicher Räume, in sozialen Organisationen, in Fragen von Ausgrenzung und Diskriminierung ebenso wie im religiösen und kulturellen Leben. Gerade die Kombination aus theoretisch fundierter Analyse, aus sozialwissenschaftlicher und historischer Einordnung sowie aus erfahrungsnahen Praxiseinblicken zeigt, wie tief die Auseinandersetzung mit diesen Herausforderungen reichen muss, wenn Demokratie im Alltag gelebt und gestärkt werden soll. Die Autorinnen und Autoren dieses Bandes leisten dazu einen wichtigen Beitrag: Sie benennen blinde Flecken, legen Strukturen offen, entwickeln Handlungsoptionen und machen Mut, die etablierten demokratischen Sozialräume immer wieder neu zu denken, zu gestalten und mit Haltung klare Kante gegen Demokratieverächter und rassistischen Menschenhass zu zeigen.

Ausdrücklich hervorzuheben ist der sozialräumliche Ansatz des Buches. Resiliente Demokratie oder forcierte Radikalisierung entstehen in konkreten lokalen Kontexten: in ländlichen Regionen, Dörfern, Kleinstädten, Gemeinden – und Fakt ist, dass die besorgniserregenden Entwicklungen vor dieser Bühnenblende erst verspätet auf die urbanen Zentren der Republik durchschlagen. Das heißt, wer die Entwicklungen und die Herausforderungen demokratischer Kultur in ruralen Räumen aufmerksam begleitet, bekommt mit ein wenig kritischer Aufmerksamkeit ein »seismografisches Verständnis« über den Zustand freiheitlicher Alltagskultur in der Bundesrepublik. Die Unterschiede im Wahlverhalten zwischen Metropolen und peripheren Räumen sind mittlerweile so gravierend, dass sie sich kaum noch überbrücken lassen. Gerade Mecklenburg-Vorpommern bietet hier ein aufschlussreiches, aber auch beunruhigendes Bild: Während sich in Rostock, Greifswald, Neubrandenburg oder Schwerin pluralistische Milieus entwickelten, dominiert – wie im bereits beschriebenen Beispiel – in Teilen der Seenplatte, Vorpommerns oder Westmecklenburgs zunehmend ein Klima der (gesellschaftlichen und individuellen) Abschottung, in dem rechtsextreme Akteure erfolgversprechende Resonanzräume finden. Dieser Sammelband legt deshalb großen Wert darauf, die soziale Textur dieser Räume und die darin agierenden Menschen und Organisationen sichtbar zu machen: Welche Institutionen prägen den Alltag? Wie werden Kitas, Schulen, Vereine oder Kultur-

zentren als Orte demokratischer Sozialisation genutzt? Wo bestehen Leerstellen, die von extremistischen Kräften gefüllt werden? Und welche Chancen eröffnen sich, wenn zivilgesellschaftliche und staatliche Akteure ihre Kräfte bündeln, um die weltoffene Alltagsdemokratie wieder nach vorne zu bringen?

Im September 2026 wählt Mecklenburg-Vorpommern einen neuen Landtag. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die Wahl zu einer Weichenstellung für das demokratische Selbstverständnis des Landes werden wird. Angesichts hoher Zustimmungswerte für rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien ist der Ausgang offen und wird bundesweit aufmerksam verfolgt. Gerade deshalb ist dieser Sammelband so essenziell: Er liefert nicht nur eine Analyse der Problemlagen, sondern gibt auch konkrete Handlungsorientierungen für Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Er zeigt zum Beispiel auf, welche Rolle Bildungseinrichtungen in der Demokratiebildung spielen können, wie Beratungspraxen gegen Rechtsextremismus im Alltag wirken oder welche Chancen Kultur und Kunst für die Entwicklung demokratischer Resilienz bieten.

Diese Verknüpfung von Analyse und Praxis ist von bemerkenswerter Bedeutung: Sie verhindert, dass Rechtsextremismusforschung auf einer rein deskriptiven Ebene verharrt und eröffnet zugleich konkrete Anwendungsfelder für politische Entscheidungsträger:innen, kommunal Verantwortliche und Engagierte vor Ort. Das Zusammenfallen historischer Jahrestage, gesellschaftspolitischer Umbrüche und sozietärer Polarisierungen macht das Jahr 2025/26 zu einem Prüfstein für die demokratische Kultur in Deutschland – und dies nicht zuletzt im Nordosten der Berliner Republik. Der sorgsam editierte Sammelband will nicht nur problematisieren, sondern ermutigen: Er zeigt, dass Demokratieförderung möglich ist, wenn Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Praxis in einen ernsthaften Dialog treten, wenn wir die Realitäten vor Ort ernst nehmen und es uns gelingt, die Menschen, die zwischen Skepsis und Engagement schwanken, mitzunehmen.

Die hier zusammengeführten Beiträge verdeutlichen zudem, dass Demokratiewerk kein Luxus, sondern eine Überlebensfrage für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist. Die Autorinnen und Autoren fordern dazu auf, den alltäglichen Auseinandersetzungen – ob im Klassenzimmer, auf dem Fußballplatz, in den Sozialen Medien oder in der Kommunalpolitik – nicht auszuweichen, sondern ihnen mit Haltung, Wissen und Mut zu begegnen. Dieses Buch versteht sich damit auch als Impulsgeber für die kommenden Monate, in denen die politische Polarisierung im suboptimalen Fall weiter zunehmen dürfte. Wir hoffen, dass die hier dargelegten Analysen und Praxisberichte Leser:innen inspirieren, eigene Beiträge zur Stärkung der Demokratie zu leisten –, ob in der Forschung, in der politischen Bildung, in den vielgestaltigen Organisationen der vitalen Zivilgesellschaft oder in der kommunalen Praxis. Denn am Ende gilt:

Demokratie ist niemals selbstverständlich. Sie lebt davon, dass Menschen sie alltäglich praktizieren, verteidigen und weiterentwickeln. Gerade in Mecklenburg-Vorpommern, gerade im Wahljahr 2026, ist diese Botschaft von eminenter Bedeutung.

Die »RAA – Demokratie und Bildung Mecklenburg-Vorpommern e. V.« versteht diesen Sammelband als analytischen Teil ihrer langjährigen Arbeit an der Schnittstelle von Pädagogik, politischer Bildung, Demokratieförderung, Prävention und der Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen. Unser Anliegen ist es, fundierte wissenschaftliche Reflexion mit praktischen Ansätzen aus Bildung, Beratung und Gemeinwesenarbeit zu verbinden, um handlungsfähige Strukturen gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit zu fördern. Denn wir sind der festen Überzeugung, dass nur in diesem Zusammenwirken die Grundlage dafür entsteht, dass demokratische Kultur auch in peripheren Regionen nicht nur verteidigt, sondern aktiv weiterentwickelt werden kann.

Besonderer Dank gilt an dieser Stelle den Partnerinstitutionen und Akteur:innen, die diese Arbeit kontinuierlich begleiten und unterstützen und die alle durch fachliche Expertise sowie nachhaltige und partnerschaftliche Zusammenarbeit unverzichtbare Beiträge zur Demokratieförderung im Nordosten leisten. Und schließlich möchten wir allen Autorinnen und Autoren herzlich danken, die mit ihrem Engagement – oft neben dem Arbeitspensum ihrer Brotberufe – dieses Buch ermöglicht haben. Durch ihre wissenschaftliche Expertise und ihre praktischen Erfahrungen konnte diese besondere Publikation schließlich realisiert werden. Ihre Beiträge geben wertvolle Impulse für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und für die Stärkung demokratischer Resilienz in Mecklenburg-Vorpommern und Ostdeutschland – und weit darüber hinaus.

Abschließend möchten wir Jana Harle von Vandenhoeck & Ruprecht/BRILL Deutschland danken. Sie hat mit viel Langmut, Begeisterung, persönlichem Einsatz und mancher Nachsicht unser gemeinsames Projekt begleitet. Wir freuen uns sehr, dass wir mit unserer Idee in solch einem renommierten Verlagshaus eine Heimat gefunden haben, das in der akademischen Welt europaweit über ein hohes Ansehen verfügt.

Viel Freude bei der Lektüre wünschen Ihnen

Christian Utpatel und Dr. Daniel Trepsdorf
RAA | Demokratie und Bildung Mecklenburg-Vorpommern e. V.

Literatur

Zick, A./Küpper, B./Mokros, N./Eden, M. (Hg.) (2025). Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn.

Zu den Beiträgen in diesem Buch

1.) Institutionelle und sozialräumliche Aspekte extrem rechter Lebenswelten: Schule, Soziale Arbeit, Gemeinwesenberatung und Betroffenenberatung

In ihrem Beitrag »Radikalisierungsprävention im Sozialraum Schule. Untersuchung zur Passung von Unterstützungsangeboten für Schulen in Mecklenburg-Vorpommern« beschreiben *Gudrun Heinrich* und *Nils Zenker* die Herausforderung für Schulen, der Zunahme antidemokratischer Einstellungen, Positionen und Verhaltensweisen zu begegnen. Hierfür benötigt es aus Sicht der Autor:innen einen für den pädagogischen Raum adäquaten strategischen Umgang. Mit dem Strategiekompass Radikalisierungsprävention stellen die Wissenschaftler:innen der Uni Rostock ein strategisches Analyseinstrument vor, um Maßnahmen und Angebote von außerschulischen Akteuren entsprechend ihrer inhaltlichen Ausrichtung zu verorten. Die Frage nach der Passung außerschulischer Angebote und Bedarfe in Schulen kann auf dieser Grundlage besser bearbeitet werden.

Daniel Trepsdorfs Beitrag widmet sich der strategischen Unterwanderung ländlicher Räume durch Völkische Siedler (VS), die er als »Speerspitze ultranationaler sowie rassistischer Erneuerung« (U. Pastörs) analysiert. Diese Akteure agieren gezielt im sozialen Nahraum – in Vereinen, Nachbarschaften und lokalen Institutionen –, um ihre menschenverachtende Ideologie zu verbreiten und demokratische Strukturen von innen heraus zu schwächen. Der Autor schöpft hier aus seiner langjährigen Beratungserfahrung in der Sozialen Arbeit und rekurriert sowohl auf systemische als auch psychodynamische Perspektiven im Umgang mit Demokratieverächtern und Menschenfeinden. Trepsdorf arbeitet die Kernelemente völkischer Ideologie heraus, darunter den weit verbreiteten »Blut-und-Boden«-Nationalismus, den ideologisch verbrämten »Ethnopluralismus«, Misogynie, Antisemitismus und die Ablehnung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Er zeigt deren Verknüpfung mit Gewaltaffinität, Verschwörungsmymen und einem breiten Spektrum rechtsextremer Netzwerke wie dem Nordkreuz-Komplex oder der Artgemeinschaft auf. In seinem Beitrag

formuliert der Autor eine dezidierte Handlungsperspektive für Gemeinwesenberatung und Soziale Arbeit zur Stärkung der Demokratie in peripheren Regionen und plädiert abschließend für professionalisiert gerahmte Beratungsstrukturen in ruralen Räumen sowie für institutionalisierte Strukturen der Sozialen Arbeit, die verlässlich finanziert sind.

Der Beitrag »Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus: Sozialraumanalyse und Handlungsmöglichkeiten am Beispiel rechter Jugendkultur in Grevesmühlen« von *Stefan Kollasch, Mitch Dailey* und *Michael Staack* analysiert die zunehmende Radikalisierung Jugendlicher in Mecklenburg-Vorpommern und zeigt, wie rechtsextreme Akteure, Strukturen und Netzwerke soziale und digitale Räume prägen und welche Auswirkungen dies auf den Raum Schule und das Gemeinwesen hat. Die Autor:innen betonen die Bedeutung sozialräumlicher Analyse für die Mobile Beratung, die durch Kriseninterventionen, Ressourcenstärkung, Wissenstransfer und Vernetzung Handlungsfähigkeit wiederherstellt. Strukturelle Faktoren wie Deprivation, Peripherisierung und politische Kultur werden als Verstärker rechtsextremer Dynamiken dargestellt. Gleichzeitig werden demokratische Gegenkräfte und solidarische Reaktionen des Gemeinwesens beschrieben. Der Beitrag unterstreicht die Notwendigkeit kooperativer Strategien aller Akteur:innen, um Prävention, Intervention und Stabilisierung im Sozialraum effektiv umzusetzen und Rechtsextremismus wirksam zu begegnen.

Basierend auf der Expertise seines gesamten Arbeitslebens zeichnet *Thomas Littwin* den Wandel der Sozialen Arbeit in Ostdeutschland seit der Wende kritisch nach. Er beschreibt ihre anfängliche Rolle als demokratisierende Kraft in einer partnerschaftlichen Beziehung zwischen Staat und Zivilgesellschaft, die von Lebensweltorientierung und Subsidiarität geprägt war. Seiner Analyse zufolge wurde dieses Ideal ab den 2000er Jahren durch einen Paradigmenwechsel hin zu einer fiskalischen Steuerung abgelöst. Letztere wirkt über Technokratie, ausuferndes Berichtswesen, ungewisse Finanzierungsperspektiven und reglementierende Verwaltungseingriffe verstärkt hemmend auf die zivilgesellschaftlichen Trägerinstitutionen der Sozialen Arbeit. Konkret äußert sich dies in kurzfristigen Projektförderungen, bürokratischer Überlastung, der Abwälzung finanzieller Risiken auf freie Träger und der Bewertung sozialer Leistungen nach rein ökonomischen Kriterien. Littwin warnt, dass diese Entwicklung die demokratisierende Kraft der Sozialen Arbeit aushöhlt, Fachkräfte nachhaltig frustriert und gesellschaftliche Spaltungsprozesse letztlich verstärkt. Sein auf-rüttelndes Plädoyer gilt einer Rückbesinnung auf die humanitären sowie normativen Kernaufgaben Sozialer Arbeit und einer stabilen, von ökonomischen Zwängen befreiten Finanzierung als unverzichtbare demokratische Infrastruktur zur Unterstützung von Menschenrechten und Pluralismus im sozialen Nahraum.

Die *LOBBI* analysiert in ihrem Beitrag »Die Renaissance der ›Baseballschlägerjahre‹?« die rechtsextreme Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern von den sogenannten »Baseballschlägerjahren« der 1990er und frühen 2000er Jahre bis heute. Die Nachwendezeit war geprägt von Orientierungslosigkeit, ökonomischer Unsicherheit und unzureichendem staatlichen Schutz, wodurch rechtsextreme Gewalt begünstigt wurde. Pogrome und alltägliche Übergriffe machten die Verwundbarkeit der Betroffenen sichtbar. Seit den 2000er Jahren wurden rechtliche Instrumente wie die Erfassung politisch motivierter Kriminalität, Opferrechtsreformen und Förderprogramme gegen Rechtsextremismus eingeführt. Parallel dazu entstanden zivilgesellschaftliche Strukturen und spezialisierte Beratungsstellen wie *LOBBI*, die Betroffene stärken, vernetzen und Schutzräume schaffen. Trotz dieser Veränderungen nehmen die Bedrohung durch die extreme Rechte und die Akzeptanz rechter Gewalt wieder zu: Die rechtsextreme Szene ist vielfältiger geworden, hat wirkungsmächtige Netzwerke aufgebaut und realistische Machtoptionen auf parlamentarischer Ebene. Sie nutzt den digitalen Raum, um ein Klima zu schaffen, das marginalisierte Menschen unter Druck setzt und zum Angriff freigibt. Die *LOBBI* zeigt auf, dass präventiver Schutz, solidarische Strukturen und eine offene Thematisierung rechter Gewalt möglich und hilfreich sind, aber auch, dass institutionelle Absicherung entscheidend ist, um die Wiederholung von Fehlern zu vermeiden, Betroffenenrechte zu sichern und eine offene Gesellschaft nachhaltig zu stärken.

Christine Krüger und *Júlia Wéber* analysieren in ihrem Beitrag »Extrem rechte Einflussnahmen auf das Sozialwesen in Mecklenburg-Vorpommern« die seit 2020 fortschreitenden Einflussnahmen der extremen Rechten auf das Sozialwesen in Mecklenburg-Vorpommern auf Grundlage von zwei Studien aus den Jahren 2020/21 sowie 2024/25. In einem durch demografischen Wandel, Abwanderung, Strukturschwäche und rückläufige soziale Infrastruktur geprägten Bundesland wirken extrem rechte Akteure zunehmend in sozialräumliche Kontexte hinein. Für viele Fachkräfte der Sozialen Arbeit gehören Bedrohungen, Diskursverschiebungen sowie politische und physische Angriffe zum beruflichen Alltag. Extrem rechte Akteure nutzen soziale Problemlagen, Versorgungslücken und projektabhängige Trägerstrukturen systematisch, um gesellschaftliche Debatten zu beeinflussen, eigene Angebote zu etablieren und demokratische Akteure gezielt zu delegitimieren. Im Vergleich zur ersten Erhebung 2020/21 wird deutlich, dass sich rechtsextreme Aktivitäten verfestigt haben und die institutionellen Rahmenbedingungen der Sozialen Arbeit weiter erodieren. Die daraus resultierenden Rückzugsbewegungen, erhöhten Bedrohungserwartungen und Entprofessionalisierungstendenzen gefährden die Handlungsfähigkeit Sozialer Arbeit nachhaltig. Der Beitrag zeigt den Bedarf an stabilen Strukturen, Qualifizierung, Schutzkonzepten und politischen Gegen-

maßnahmen auf, um die demokratische Gestaltung des Sozialwesens als vorpolitischen Raum langfristig zu sichern.

2.) Facetten von Ausgrenzung und Diskriminierung als demokratiehemmende Gesichtspunkte des Alltagslebens

Johanne Gröning, Tina Hölzel und Felix Prehm analysieren in ihrem Beitrag »Queerfeindlichkeit in Sachsen: Herausforderungen für die politische Bildung angesichts demokratiefeindlicher Verschiebungen« Queerfeindlichkeit als Symptom und strategisches Instrument antidemokratischer Verschiebungen. Ausgangspunkt ist eine empirische Untersuchung (2023/2024) mit qualitativen Interviews, Diskursanalysen und institutionellen Fallstudien. Die Ergebnisse zeigen, dass queere Lebensrealitäten im Spannungsfeld von gesteigerter Sichtbarkeit, rechtlicher Unsicherheit und wachsender gesellschaftlicher Polarisierung stehen. Drei exemplarische Fälle – der CSD in Bautzen, der Fall Marla-Svenja Liebich und das sächsische »Genderverbot« – verdeutlichen, wie gesellschaftliche Ressentiments, rechtsextreme Mobilisierung und politische Entscheidungen ineinandergreifen und Queerfeindlichkeit zur Brückenideologie zwischen konservativen und extrem rechten Milieus wird. Diese Entwicklungen haben erhebliche Konsequenzen für die politische Bildung, die zunehmend unter Druck gerät, demokratische Werte gegen autoritäre und antifeministische Tendenzen zu verteidigen. Die Untersuchung identifiziert strukturelle, curriculare und sprachpolitische Barrieren, die queersensible Bildungsarbeit behindern, und entwickelt Handlungsempfehlungen zur Stärkung demokratischer Bildungskulturen. Politische Bildung wird dabei als Schlüsselraum verstanden, in dem Anerkennung, Vielfalt und demokratisches Lernen aktiv gesichert werden müssen, um der Normalisierung antidemokratischer Positionen entgegenzuwirken.

Im Frühsommer 2024 wurden Bewohner:innen mit kognitiven Behinderungen einer Einrichtung der lokalen Lebenshilfe sowie deren Geschäftsstelle in Mönchengladbach durch vermutlich extrem rechte Täter:innen angegriffen. Auch wenn (extrem rechte) behindertenfeindliche Gewalt im Nachgang lokal thematisiert wird, bleibt sie im öffentlichen Diskurs eine Marginalie. Die verschiedenen Fälle werden medial nicht bundesweit sichtbar. Ausgehend von einem rudimentären Forschungsstand stellen die Autorinnen *Heike Radvan* und *Christiane Leidinger* in ihrem Beitrag »Extrem rechte Gewalt gegen Menschen mit (kognitiven) Behinderungen in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990 – eine erste Spurensuche« eine Chronik bislang bekannt gewordener bzw. recherchierter Fälle rechter Gewalt gegen Menschen mit Behinderung im Bundesland vor. Die in dieser Zusammenstellung beschriebene Gewalt wird in einem weiteren

Schritt hinsichtlich ihrer Formen, der Folgen für Betroffene, den Tatausübenden, genderbezogener Aspekte, (Tat-)Orte und Zeiträume untersucht. Die Analyse arbeitet mögliche Spezifika der Gewaltformen sowie den Umgang damit heraus. Zentral fokussiert werden das Bspucken von Menschen mit (kognitiven) Behinderungen sowie gewaltförmige Bedrohungen mit Bezügen zu nazistischen Verbrechen, die als »extrem rechte postnazistische Massenvernichtungsandrohungsgewalt« bezeichnet werden. Extrem rechte Gewalt gegen Menschen mit (kognitiven) Behinderungen muss weiter sichtbar gemacht und – eingebettet in gesellschaftliche Strukturen – erforscht werden.

Maria Garcia Rojo und *Delphine Wollenberg* zeigen in ihrem Beitrag »Diversitätsorientierung und Schutz vor Diskriminierung als essenzieller Bestandteil demokratiefördernder Arbeit«, weshalb Diversitätsorientierung und Antidiskriminierungsarbeit Kernbestandteile erfolgreicher Demokratiewerkarbeit sind und keine ergänzenden Randthemen. Dabei wird Diskriminierung als strukturell verankertes gesellschaftliches Phänomen beschrieben, das Menschen unterschiedlich betrifft und ihre Teilhabechancen maßgeblich prägt. Die Autorinnen betonen, dass eine nachhaltige Antidiskriminierungskultur nur entstehen kann, wenn Sensibilisierung, strukturelle Veränderungen, verlässliche Beratungsangebote sowie die Reflexion individueller und institutioneller Machtverhältnisse zusammenwirken.

Ulrike Seemann-Katz beschreibt in ihrem Beitrag »Herausforderung der Unterstützung von Geflüchteten durch Kommunalpolitik am Beispiel des Landkreises/Kreistags Ludwigslust-Parchim unter der Bedingung des wachsenden Rechtsextremismus«, dass eine konstruktive, an Lösungen orientierte Kommunalpolitik im Themenfeld Flucht, Migration und Integration angesichts unterschiedlicher Zuständigkeiten und komplexer Rechtslagen nicht einfach ist. Integrationsmaßnahmen sind eine freiwillige Aufgabe, Ausländerrecht und Unterbringung werden von den Kommunen im übertragenen Wirkungskreis umgesetzt. Ein Teil der Kommunen ist dabei über der Leistungsgrenze bei Unterbringung, Versorgung und Integration angekommen – so wird es aktuell diskutiert. Aber zugleich hat die überwiegende Mehrzahl der Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern gar keine Geflüchteten aufgenommen. Das Politikfeld Asyl, Migration und Integration ist deswegen bislang nur selten Gegenstand eines transparenten politischen Diskurses auf kommunaler Ebene gewesen. Rechte und rechtsextreme kommunale Politiker:innen haben es stattdessen destruktiv mit Flüchtlingsabwehrdebatten besetzt. Am Beispiel des Landkreises Ludwigslust-Parchim wird aufgezeigt, welche Narrative im Wesentlichen bedient werden, wie diese in Diskussionen bestätigt werden und wie es auf diese Weise durch erfolgreiches Framing gelingen konnte, den politischen und gesellschaftlichen Diskurs immer weiter nach rechts zu verschieben.

3.) Kirche und Religion als Wertereservoir und Stabilisierungsfaktoren demokratischer Kultur im Osten?!

Historisch und theologisch verwalten die evangelischen Kirchen in Mecklenburg-Vorpommern ein ambivalentes Erbe. Mit den Erfahrungen der NS- und der DDR-Diktatur versuchen sie, sich heute in einer säkularen Umgebung konstruktiv in gesellschaftliche Diskurse einzubringen und die Errungenschaften der Demokratie zu verteidigen. Das stellt sie, wie sich spätestens in der Coronakrise zeigte, vor große Herausforderungen. *Karl-Georg Ohse*, Projektleiter von »Kirche stärkt Demokratie« reflektiert in seinem Beitrag »»Antifaschistische Kirche?« – die evangelische Kirche in Mecklenburg und Pommern als zivilgesellschaftliche Akteurin für Demokratie und Menschenwürde«, analysiert diesen steinigten Weg und lässt ihn mit eigenen Erfahrungen korrespondieren.

In ihrem Beitrag »Erkennen – dokumentieren – handeln: Antisemitismus in Mecklenburg-Vorpommern« analysiert die zivilgesellschaftliche *Dokumentations- und Informationsstelle Antisemitismus Mecklenburg-Vorpommern (DIA.MV)* das Phänomen des Antisemitismus in Mecklenburg-Vorpommern auf der Grundlage der dokumentierten Vorfälle im Zeitraum von 2022 bis 2024. Eingeleitet wird der Beitrag mit der Auseinandersetzung, was unter Antisemitismus verstanden wird und wie er sich über die Jahrtausende hinweg entwickelt hat. Dafür werden die verschiedenen Erscheinungsformen erläutert und herausgestellt, dass Antisemitismus häufig codiert auftritt, aber deswegen nicht minder eine Gefahr für jüdisches Leben und die demokratische Gesellschaft darstellt. Der Beitrag zeigt, dass Antisemitismus in Mecklenburg-Vorpommern häufig auch mit anderen Diskriminierungsformen verschränkt ist und sich vor allem im öffentlichen Raum, aber auch in Bildungseinrichtungen und am Arbeitsplatz ereignet. Des Weiteren wird deutlich, welche Auswirkungen Antisemitismus auf die Betroffenen haben kann. Abschließend werden Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt: Betroffene sollen gestärkt und solidarisch unterstützt werden, antisemitischen Vorfällen muss aktiv entgegengetreten werden, und es braucht strukturelle Maßnahmen wie den beschlossenen Landesaktionsplan gegen Antisemitismus, die vom Landesparlament verabschiedete Verankerung des Schutzes jüdischen Lebens in der Landesverfassung sowie die Förderung von Präventionsprojekten und die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften.

Im Interview mit *Daniel Trepsdorf* berichtet *Nikolaus Voss*, Beauftragter für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus in Mecklenburg-Vorpommern, von Erfahrungen, Herausforderungen und Perspektiven seiner Arbeit. Grundlage sei hier das vertrauensvolle Miteinander mit den jüdischen Gemeinden Schwerin und Rostock. Voss betont die Vielfalt jüdischer Identitäten, aber auch die Sorgen um Integration, Altersarmut und Überalterung der Gemeinden.

Jüdisches Leben sei vielerorts nur mittelbar im Alltag der (zumeist religionslosen) Mehrheitsbevölkerung erfahrbar. Daher seien politische Bildung, Begegnungsprojekte – etwa das Projekt »Meet a Jew« – und kulturelle Initiativen entscheidend, damit gelingende Dialoge zwischen Jüdinnen und Juden sowie ihren Mitmenschen mit verschiedenen Glaubensbiografien zustande kommen. Antisemitismus zeige sich im Alltag in Schmierereien, Angriffen auf Friedhöfe und im Fußballumfeld; nach dem Hamas-Massaker 2023 habe die Zahl der Vorfälle auch in Mecklenburg-Vorpommern deutlich zugenommen. Voss fordert Zivilcourage, klare Haltungen in Führungspositionen, frühzeitige Bildung und den Erwerb von kritischer Medienkompetenz und Multiperspektivität als zentrale Gegenstrategien. Die Aufnahme des Schutzes jüdischen Lebens in die Landesverfassung bewertet er als wichtiges Signal, das auch konkrete Folgen für Kulturförderung oder bei der Stärkung gesellschaftspolitischer Bildung entlang der Ostsee haben müsse.

TEIL I

Institutionelle und sozialräumliche
Aspekte extrem rechter Lebenswelten:
Schule, Soziale Arbeit, Gemeinwesen-
beratung und Betroffenenberatung

Radikalisierungsprävention im Sozialraum Schule: Untersuchung zur Passung von Unterstützungsangeboten für Schulen in Mecklenburg-Vorpommern

Gudrun Heinrich und Nils Zenker¹

Einführung

Die Bundesländer widmen sich seit den 2000er Jahren zunehmend der Stärkung einer demokratischen Zivilgesellschaft und der Abwehr antidemokratischer Strukturen (Schmidtke 2017). Mecklenburg-Vorpommern verabschiedete bereits 2006 sein erstes Landesprogramm »Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken« vor dem Hintergrund einer erstarkenden NPD, die schließlich über zwei Legislaturperioden im Landtag vertreten war. Im Gegensatz zu den Bundesprogrammen wie Civitas oder Entimon spielten hier vor allem die Schulen als »Lernorte für Demokratie« eine besondere Rolle. In diesem Zuge werden seit 2007 verschiedene Angebote für Schüler:innen und Lehrkräfte im Bereich der Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention vom Land Mecklenburg-Vorpommern mit Strukturfördermitteln unterstützt. Die Nutzung dieser Unterstützungsangebote durch die Schulen wurde bisher außerhalb von Berichten der anbietenden Träger noch nicht systematisch erfasst. Auch bundesweit ist bisher wenig über Unterstützungsbedarfe und Nutzungsbedingungen von Angeboten der Radikalisierungsprävention in Schulen bekannt.

Daran knüpft das Forschungsprojekt PRÄViS (Radikalisierungsprävention in Schulen in MV; Heinrich/Gericke/Haupt/Zenker 2025) an, in dessen Rahmen die Kooperation und Passung zwischen schulischen Bedarfen und außerschulischen Angeboten der Radikalisierungsprävention untersucht wurde. Die Kooperation von Schulen und außerschulischen Angeboten im Bereich der politischen Bildung ist zwar voraussetzungsvoll, aber gewinnbringend (Elverich 2017). Auch im Aufgabenfeld der Radikalisierungsprävention benötigen Schulen Unterstützung von außen, da schulische Akteur:innen häufig inhaltlich oder auch zeitlich überfordert sind. Ziel des Forschungsprojektes ist es daher, Handlungsempfehlungen für eine bessere Passung der Angebote der Radikalisierungsprävention und schulischer Bedarfe sowie Verbesserungs-

1 Unter Mitarbeit von Alexandra Gericke und Johannes Haupt.

potenziale für die Radikalisierungsprävention in Schule insgesamt zu entwickeln. Wichtig ist hierbei die Differenzierung von politischer Bildung und Präventionsangeboten im Bereich antidemokratischer Positionen und Verhaltensweisen. Auch wenn politische Bildung präventiv wirken kann, liegt ihre Hauptaufgabe im Bereich der Anbahnung von politischen Urteilsprozessen und der Herausbildung von politischer Mündigkeit als zentrale Zielstellung (Heinrich 2023).

Im Mittelpunkt des Projektes stand die Ermittlung schulischer Bedarfe. Hierzu erfolgte im ersten Halbjahr 2024 eine nicht-repräsentative quantitative Onlinebefragung von Schulleitungen, Lehrkräften und Schulsozialarbeitenden. Die daraus folgenden Ergebnisse bildeten die Grundlage für Gruppeninterviews, welche ein umfangreiches Verständnis der Kooperation von Schule mit außerschulischen Akteur:innen ermöglichten.

In diesem Beitrag möchten wir die Frage der Passung außerschulischer Angebote für die schulischen Bedarfe in den Mittelpunkt stellen.

1 Radikalisierungsprävention im Sozialraum Schule

Antidemokratische Tendenzen machen auch vor dem Sozialraum Schule nicht halt. Werden entsprechende Haltungen aus Unsicherheit oder Vermeidung nicht erkannt, bleiben Vorfälle häufig unbemerkt oder nicht aufgearbeitet. Umso wichtiger ist deshalb eine gezielte Radikalisierungsprävention im schulischen Umfeld.

1.1 Antidemokratische Positionen und Verhaltensweisen

Im Rahmen unseres Projektes stellen wir – bezogen auf Schule – den Begriff der »antidemokratischen Positionen, Einstellungen und Verhaltensweisen« in den Mittelpunkt. Positionen und Verhaltensweisen sind wahrnehmbare, verbale oder nonverbale Verlautbarungen, Statements oder Handlungen, während es sich bei Einstellungen, um »eine zuneigende oder ablehnende Meinung zu einem Einstellungsobjekt, zusammengesetzt aus einer kognitiven, affektiven und verhaltensbezogenen Komponente« (Küpper/Zick 2024, S. 2) handelt. Einstellungen sind demnach nicht direkt wahrnehmbar und können nur durch sozialwissenschaftliche Methoden erhoben werden. Die nicht eindeutige Beziehung zwischen Positionen und Verhaltensweisen sowie zugrunde liegenden Einstellungen ist mehrfach diskutiert worden: Eine eindeutige Kausalbeziehung zwischen Einstellungen und Verhaltensweisen ist nicht anzunehmen (S. 17). Damit können antidemokratische Positionen oder Verhaltensweisen nicht als eindeutige Performanz antidemokratischer Einstellungen interpretiert werden.

Daher haben wir das Konzept von Dannemann und Kolleg:innen (vgl. u. a. Dannemann/Angermann 2023), die von »antidemokratischen Positionen und Einstellungen« sprechen, für unsere Studie auf »antidemokratische Positionen und Verhaltensweisen« (aPuV) reduziert. Die Ebene der Einstellungen ist nicht sichtbar, ihre Wahrnehmung kann daher nicht abgefragt werden. Für die Prävention spielen antizipierte Einstellungen und deren Bearbeitung jedoch eine wesentliche Rolle.

Nach Udo Dannemann (2023, S. 166) sind »Aussagen und Handlungen dann als antidemokratisch zu bezeichnen, wenn sie dem Ideal der Gleichheit und Freiheit entgegenstehen und Gruppierungen, Religionen, Weltanschauungen, Lebensstile, Lebensphilosophien und/oder Lebensspraxen abwerten«. Implizit wird hier Bezug genommen auf das Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) zur Identifizierung von antidemokratischen Positionen, insbesondere in der schulischen Präventionsarbeit. Der auf den Soziologen Wilhelm Heitmeyer zurückgehende Ansatz hat Ablehnungshaltungen gegenüber unterschiedlichen Menschengruppen definiert, welche identifiziert und abgewertet werden: »Der Begriff der Menschenfeindlichkeit bezieht sich auf das Verhältnis zwischen Gruppen und meint kein interindividuelles Feindschaftsverhältnis. Das besondere Kennzeichen unseres Begriffsverständnisses ist seine Spannweite« (Heitmeyer 2011, S. 16). Wie in jahrelangen Längsschnittstudien festgestellt wurde, kann von einem Syndrom gesprochen werden, da die Bereitschaft zur Abwertung häufig auf mehrere Gruppen von Menschen übertragen wird.

Kritik an diesem Konzept wird unter anderem von erziehungswissenschaftlicher Seite geübt, da dies die Gefahr der »Etikettierung insbesondere von Jugendlichen als ›feindlich‹ bzw. gar als ›menschenfeindlich‹« (Foitzik/Hezel 2019, S. 34) mit sich bringe. Der sich daraus ergebenden Berücksichtigung des noch offenen, fluiden Charakters jugendlicher Identitätsbildung (Möller 2017, S. 169) ist im Rahmen der schulischen Präventionsarbeit zuzustimmen.

Präventionsarbeit im weiteren Sinn nimmt Positionen und Verhaltensweisen zum Anlass, mit unterschiedlichen Maßnahmen zu reagieren oder präventiv wirken zu wollen. Ziel ist es dabei, die Herausbildung oder Verfestigung von Einstellungen zu verhindern. Einstellungen sind nach außen nicht sichtbare Strukturen und nur durch eine Performanz, also ein Verhalten im Sinne von Äußerungen oder Taten erkennbar. Wahrnehmbar sind hingegen Positionierungen und Verhaltensweisen, die auf Einstellungen zurückführbar sein können, aber nicht müssen. Eine stringente Kausalität zwischen Einstellungen sowie Positionen und Verhaltensweisen können wir, wie bereits beschrieben, nicht voraussetzen.

Als Spiegelbild einer Gesellschaft mit zunehmend antidemokratischen Tendenzen (Zick/Mokros 2023; Decker/Kiess/Heller/Brähler 2024) zeigen sich